

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementspreis im Monat einschließlich Fringerlohn 1.50 M., bei Selbstabholung 1.40 M. — Durch die Post bezogen vierteljährlich 4.50 M., für 1 Monat 1.50 M. (Postgeld vierteljährlich 42 Pfg., monatlich 14 Pfg.). — Feldpost unter Kreuzband monatlich 1.50 M. — Volkshochkonto Nr. 53 477. Volkshochkonto Nr. 53 477.

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Straße 19/21. Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig. Fernsprecher: 18068.

Inserate kosten die 7spaltige Zeile oder deren Raum 40 Pfg., bei Placatdruck 45 Pfg. Schwieriger Satz nach höherem Tarif. Auf alle Inserate 20% Steuerzuschlag. — Der Preis für das Bellegen von Prospekten ist bei der Gesamtauflage 4.— M. jedes Tausend, bei Zellaufgabe 7.50 M. — Schluß der Annahme von Inseraten für die künftige Nummer früh 9 Uhr.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag in Leipzig, Tauchaer Straße 19/21. Fernsprecher: 4596 • Inseraten-Abteilung Fernsprecher: 2721.

Generalfstreik für den Sozialismus!

Die Herrschaften in Weimar haben zu früh triumphiert. Raum sind sie den Streik der Ruhrbergleute los, da erhebt die deutsche Erde von einer andern gewaltigen Aktion des Proletariats. Diesmal ist's Mitteldeutschland, wo die Arbeiterklasse den strengen Herausforderungen der Generalrevolution ein donnerndes Halt entgegensetzt. Die wichtigsten Industrien dieses Gebiets, der Kohlenbergbau, die Elektrizitätsindustrie, die großen Industriegiganten, die bewegende Kraft liefern, sind stillgelegt, und zugleich entfaltet sich ein Eisenbahnerstreik, der erste größere Ausstand dieser Art in Deutschland, der die Verbindung zwischen Nord und Süd, zwischen Ost und West zerreiht. Die Arbeiterschaft der großen Städte des Bezirks, von Halle und Erfurt trat in den Generalfstreik, um die Macht dieses Schlags gegen die Weimaraner Schutztruppe des Kapitals zu verstärken.

Für den Sozialismus, für die Sozialisierung lautet die Parole, unter der die Streikenden fechten, die Arbeiterklasse gibt der bürgerlich-scheinsozialistischen Regierung zu erkennen, daß sie der Abwürgung der sozialistischen Regierung nicht tatenlos zuseht, daß sie sich um das Recht auf die wirtschaftliche Befreiung, das sie sich durch die Tat des 9. November erworben hat, nicht stumm betrügnen lassen wird. Die Regierung Scheidemann wird erkennen müssen, daß sie die „Ruhe“, die die Bourgeoisie von ihr fordert, nicht einfach mit Nossegarden schaffen kann, daß ihre Macht an der wirtschaftlichen Bedeutung der Arbeiterklasse eine Grenze findet.

Die Tat der Arbeiter Mitteldeutschlands wird im ganzen deutschen Proletariat ihren Widerhall finden. Nicht zuletzt in Sachsen, nicht zuletzt in Leipzig! Der große Kampf legt den Arbeitern ganz Deutschlands Pflichten auf. Die Proletariat Leipzigs werden sie zu erfüllen wissen!

Der Umfang des mitteldeutschen Streiks.

Halle, 25. Febr. (Eigene Drahtmeldung.) Der Bergarbeiterstreik hat voll eingesetzt. Im Halle-Merseburger Bezirk bis nach Anhalt liegen sämtliche Gruben still. Die großen Betriebe der chemischen Industrie liefern sämtlich, darunter das Leunawerk und Reichshalden. Die großen Heberlandzentralen liegen still. Die Kraftwerke Golpe und Witterfeld liefern seit gestern, die Zentrale Schornowitz seit heute morgen. Die Eisenbahner haben gestern den Streikbeschluss gefaßt. Der Streik hat in Halle begonnen, er erstreckt sich bisher von Nordhausen bis Delitzsch und bis Wittenberg. Auch aus Erfurt wird Eisenbahnerstreik gemeldet.

Halle, 24. Februar. Die Versammlung der Eisenbahner des Mitteldeutschlands Halle, die heute im Volkspark tagte, beschloß den Generalfstreik für Dienstag morgen. Ferner beschloß die Versammlung der Metallarbeiter der Maschinenfabriken ebenfalls für Dienstag früh einstimmig den Generalfstreik.

Generalfstreik in Halle.

Halle, 25. Februar. (Eigene Drahtmeldung.) Der Generalfstreik ist in Halle proklamiert. Sämtliche Betriebe liegen still. Im Betrieb bleiben bis Sonnabend nur Bäckereien, der Schlachthof, das Wasserwerk. Auch die kaufmännischen Bureaus und die Bureaus der Rechtsanwältinnen streiken.

Generalfstreik in Erfurt.

Ein Telegramm meldet: Erfurt, 24. Februar. In Erfurt beginnt der politische Generalfstreik heute, Montag.

Das mitteldeutsche Streikkomitee.

Es hat sich sofort ein Streikkomitee gebildet, das sich zusammensetzt aus Vertretern des Bezirks-Vergarbeiterrates, der Eisenbahner, der chemischen Industrie, der Heberland-Kraftwerke, des Metallarbeiterverbandes, des Hallischen Arbeiterrates, des Soldatenrates. Außerdem besteht ein Delegiertenauschuß, der aus Vertretern der übrigen am Streik beteiligten Organisationen besteht. Bureau des Streikkomitees: Halle, Saale, Friedrichstr. 18. Telephon 7691 und 1897.

Festlegung der Kohlenvorräte für die Lebensmittelindustrie.

Der Bezirks-Vergarbeitererrat erläßt folgenden Aufruf an die Betriebsräte im Braunkohlenrevier: Die auf den Braunkohlegruben vorhandenen Kohlenvorräte dürfen nur an die Lebensmittelindustrie abgegeben werden. Es ist Pflicht der Betriebsräte, streng darauf zu achten, daß für andere Zwecke Kohlen nicht abgegeben werden.

Solidarität des Halle'schen Soldatenrats.

Der Soldatenrat Halle hat sich mit den Streikenden solidarisch erklärt. Er beschließt vorläufig keine besonderen Maßnahmen.

Heitsmahregeln zu ergreifen und erwartet, daß die Streikenden sich ruhig verhalten.

Bruch des Waffenstillstands im Ruhrrevier.

Weimar, 25. Februar. (Eigene Drahtmeldung.) Die Regierungsgruppen im rheinisch-westfälischen Industriegebiet haben den Umstand, daß einzelne Personen Nebenbeteiligten der Waffenstillstandsbedingungen nicht bis ins kleinste durchgeführt haben, demüht, um den Waffenstillstand überhaupt zu brechen. Statt sich wie vereinbart, nördlich der Lippe zurückzuführen, setzen sie ihre Vorwärtsbewegung fort, und stehen bereits vor den Grenzen des Essener Bezirks. Diese Treulosigkeit und Vorkürzlichkeit der weißen Garde: Noske charakterisiert die Art und Weise, wie die neue Regierung mit Arbeitern umgeht.

Generalfstreik in Pirna.

Pirna, 24. Februar. Infolge eines vom hiesigen Arbeiter- und Soldaten-Rat verhängten Generalfstreiks konnte heute der Pirnaer Anzeiger nicht erscheinen. Die Fabrikbetriebe mußten die Arbeit einstellen.

Eine Demonstration in Plauen.

Plauen, 24. Februar. Heute nachmittags begab sich ein großer Demonstrationzug nach dem Rathaus. Der Oberbürgermeister machte vom Balkon des Rathauses Versprechungen an die Versammlung. Die im Rathaus befindliche Sicherheitswache von etwa 100 Mann wurde entwaffnet. In der Kaserne wurde nach Verhandlungen die Gewalt an die Demonstranten übergeben. Viele öffentliche Gebäude wurden von Bewaffneten besetzt. Die beiden bürgerlichen Zeitungen, Vogtländischer Anzeiger und Neue Vogtländische Zeitung wurden gleichfalls von Bewaffneten besetzt. Das Erscheinen der beiden Blätter ist vorläufig unmöglich.

Die Eroberung von Kottbus.

Selbst den harmlosesten Anhängern der Ober-Scheidemann-Noske gehen die Augen über das reaktionäre Treiben ihrer bisherigen Vertrauensleute auf. Einen besonders reaktionären und dabei bornierten Vorstoß haben die Weißen Garde gegen die Stadt Kottbus unternommen. Hier beherrschen die Rechtssozialisten das Feld, von Unabhängigen Sozialdemokraten und von Spartakusanhängern hat man in dieser Stadt kaum etwas vernommen. Trotzdem rückte am Montag ein Miesenaufgebot von Regierungstruppen ein, um die Stadt zu besetzen und die Ruhe, die gar nicht gefährdet worden war, wiederherzustellen. Die braunen Scheidemannier von Kottbus riefen sich die Augen und fragten sich verwundert, was das bedeuten sollte. Und sie schickten nach Weimar folgende Telegramme ab:

Kottbus, 23./II. 828 N. Abgeordneter Siebel. Nationalversammlung Weimar. — Heute hier ungeliebtes Truppenaufgebot eingedrückt. Soldatenrat verhaftet. Erbitten Intervention zur sofortigen Zurückziehung, sonst stehen für nichts ein.

Wendemuth (Redakteur der Märktischen Volksstimme.)

Kottbus, 23./II. 820 N. Noske. Weimar. — Verlangen sofortige Zurückziehung der heute hier eingetroffenen Truppen, da keinerlei Unruhe bestanden hat, wohl aber solche nun eingetreten ist. Wenn bis Montag abend nicht bindenden Bescheid, ist Dienstag Generalfstreik. Soldatenrat ist freigelassen, da verhaftet.

Arbeiterrat, Sozialdemokratischer Verein, Gewerkschaftsrat.

Die Märktische Volksstimme schäumt vor Entrüstung und re erhebt heftige Anklage gegen die Regierung. Die scheint eingeschoben zu haben, daß sie in diesem Falle eine besonders große Dummheit begangen hat; sie ließ die Truppen am Montag wieder abrücken und teilte der Welt mit, daß die Ruhe in Kottbus wiederhergestellt, daß die Weißen Garde ihre Aufgaben erfüllt hätten.

Die Kottbuser Arbeiter aber werden ausrufen: Der Himmel schülge uns vor unsern Freunden!

Ein Aufruf gegen die Sowjetregierung.

Amsterdam, 24. Februar. Den Times wird aus Helsinki gemeldet, daß nach einem amtlichen holländischen Bericht in Moskau ein neuer Aufruf gegen die Sowjetregierung ausgebrochen sei. Die Sozialrevolutionäre wollten die gesamte Regierung Venins während der Sitzung im Kreml gefangennehmen. Sie erhielten mit Hilfe kalcher Poplere und durch Verrat des Kommandanten Einlaß. Der Aufruf scheint jedoch durch außerordentliche Maßnahmen der Bolschewistenbehörden unterdrückt zu sein. 50 Angehörige der Sozialrevolutionäre wurden verhaftet, darunter Frau Spiridowna. Aus Helsinki werden so viele Schwindelmeldungen berichtet, daß man auch dieser Nachricht mit dem größten Mißtrauen begegnen muß.

Ein Blatt Papier.

Mehr als je erweist sich in unsern Tagen die Wahrheit des Wortes, daß Verfassungsfragen Machtfragen sind. Nicht darauf kommt es an, was steht in Weimar auf ein Blatt Papier niedergeschrieben wird, sondern darauf, welche tatsächlichen Machtverhältnisse hinter diesem Blatt Papier stehen. Die Novembertage hatten die bisherigen Verfassungsschriftstücke in die Luft geweht, das Proletariat übernahm die Macht und bestimmte damals den Gang der Dinge. Aber mit List und Gewalt haben es die Gewalt herrscher von gestern, unterstützt von den Scheinsozialisten Scheidemannscher Richtung, inzwischen verstanden, die revolutionäre Arbeiterschaft ihrer Macht zu berauben. Jetzt glauben sie ihre alten Stellungen wieder genügend befestigt zu haben, um ihre Macht oder was sie als ihre Macht vorgeben, als Verfassung des deutschen Reiches auf ein neues Blatt Papier niederschreiben zu lassen.

Und die Herrschaften haben es sehr eilig damit. Nachdem sie wochenlang in Kommissionen gekuhandelt hatten, sollte die endgültige Vorlage für die neue Reichsverfassung schon in der Montagsitzung der Nationalversammlung beraten werden. Das scheiterte aber an dem Widerspruch der Oppositionsparteien. Die Mehrheit setzte aber doch durch, daß Herr Dr. Preuß einen Vortrag darüber halten konnte und behaupteten dann, das sei noch nicht der Beginn der Beratung, sondern lediglich die Ergänzung des Entwurfs durch einen mündlichen Vortrag. In parlamentarischen Kreisen stehen also die „Demokraten“ in nichts den Junkern des preußischen Dreiklassenhauses nach.

Der Verfassungsentwurf zeichnet sich vor allem durch seine beträchtliche Länge aus. Er hat an die hundert Paragraphen. Ueber den Inhalt ist soviel zu sagen, daß die alten staatlichen Zustände, besonders aber die Zerplitterung in 25 Einzelstaaten und die Vorkerrschaft der Bureaucratie aufrechterhalten bleiben soll. Von den wichtigsten Einzelheiten sei folgendes erwähnt. Der Traum, daß aus Deutschland eine sozialistische Republik werden solle, ist, wenn es nach dem Willen der Mehrheitsparteien geht, zu Ende. Schwarz-rot-gold ist das Panier, und diese Flagge soll die Ware decken, nämlich das kapitalistische Staatswesen, verziert mit einigen demokratischen Ornamenten. Im Heereswesen soll es beim alten, die einzelstaatlichen Kriegsministerien und Verwaltungen sollen bestehen bleiben. Daß eine Weiße Garde geschaffen werden soll, haben wir schon berichtet. Die Mehrheitsparteien wünschen noch ausdrücklich, daß den Offizieren und Unteroffizieren des alten Heereswesen bei der Besetzung der Kommandostellen der Vorzug gegeben werden soll. Auch das Verkehrswesen soll zerplittert bleiben. Die selbst von bürgerlichen Politikern als unhaltbar erkannten Zustände bei den Eisenbahnen will man weiter erhalten. Als Fortschritt begrüßte es Herr Dr. Preuß schon, daß wir eine einheitliche deutsche Reichspostmarkte bekommen sollen. Und dieses Interim wurde von der hohen Versammlung mit stürmischem Beifall begrüßt!

Wenn Herr Dr. Preuß in seiner Rede behauptete, daß der Einheitsgedanke auf dem Gebiete des Finanzwesens eine starke Förderung gefunden habe, so ist das, gelinde gesagt, eine Zerküßung. In Wirklichkeit behalten die Einzelstaaten ihre alten Rechte in den Steuerfragen, eine Reichseinkommensteuer und damit eine einheitliche Finanzverwaltung des Reichs sollen wir nicht bekommen. Bieleicht wollte Herr Dr. Preuß die kommenden Besteuerungen, denen selbst die Bourgeoisie nicht viel entgegenzusetzen wagt, als den Beginn der Vereinheitlichung des Finanzwesens feiern. Es muß aber festgestellt werden, daß schon unter dem alten Regime diese Art Vereinheitlichung begonnen worden ist, daß es sich hierbei also keineswegs etwa um eine Errungenschaft der Revolution handelt.

In der Frage des Kultuswesens haben die Merkmalen vollkommen gefestigt. Die Trennung von Staat und Kirche soll den Einzelstaaten überlassen bleiben; das heißt also, daß das Zentrum dort, wo es noch einigen Einfluß hat, wie in Bayern und Baden, die Durchführung dieser Forderung zu verhindern suchen wird. Das wird natürlich auch seine Rückwirkung auf das Schul- und Unterrichtsweisen haben; wenn auch einige allgemeine Grundsätze dafür in die Verfassung aufgenommen werden sollen, so sind sie doch so unbestimmt gehalten, daß auch künftig die Reaktion auf diesem Gebiete in den Einzelstaaten einen weiten Spielraum finden wird.

Besonders kennzeichnend für das Wesen der Verfassung sind die Bestimmungen über das Vertretungswesen des Reichs. Der Bundesrat erlebt seine Auferstehung im Reichsrat, dem ein Vetorecht gegenüber dem Reichstag gegeben werden soll. Die Mitglieder des Reichsrats sollen